

LÉGATION DE SUISSE  
WASHINGTON 8, D. C.

Politischer Bericht  
No. 22  
CB/ss

Den 31. Oktober 1947.

Herr Bundesrat,

Dass der Präsident in der auf den 17. November angesetzten ausserordentlichen Session des Kongresses ausser dem Marshallplan auch Massnahmen zur Verhinderung weiterer Preissteigerungen zur Behandlung bringen will, wurde zunächst von vielen als Manöver angesehen, um den Republikanern, welche im Kongress die Mehrheit haben, so rasch als möglich die Verantwortung für die künftige Entwicklung der Preisfrage zuzuschieben. Nach und nach wurde aber ziemlich überall eingesehen, dass die Verwirklichung des Marshallplanes die Preisgestaltung in Amerika beeinflussen muss, so dass die Prüfung dieses Problems im Zusammenhang mit dem Plan geboten scheint.

Das State Department hält es für wahrscheinlich, dass die Kredite im Betrage von 19 Milliarden gewährt werden. Deswegen sind die Delegierten des europäischen Komitees recht optimistisch. Tatsache ist, dass das State Department in seinen Kontakten mit den Parlamentariern die grösste Mühe hat, letztere von der Notwendigkeit der verlangten Hilfe und deren Dringlichkeit zu überzeugen. Senator Taft z. B. will eine Reduktion der vorgesehenen Beträge vorschlagen. Andere Senatoren haben die Absicht, die Gewährung

Herrn Bundesrat M. Petitpierre,  
Chef des Eidgenössischen Politischen Departements,  
B e r n .



-2-

der Kredite an handelspolitische oder rein politische Bedingungen zu knüpfen. Einer derselben sagte mir: "Wie könnten wir dulden, dass die europäischen Staaten zufolge der ihnen gewährten Hilfe in den Stand gesetzt würden, 'unsern potentiellen Feinden im Osten' Material zu liefern, welches deren Kriegspotential vergrössern würde?"

Weitere zu erwartende Bedingungen dürften die Verwendung des Erlöses betreffen, welchen die europäischen Regierungen aus dem Verkauf der von Amerika gelieferten Konsumgüter und Rohmaterialien in ihren eigenen Ländern erzielen. Schliesslich ist die Organisation der Hilfe selber ein fast unerschöpfliches Thema.

Sollte es dem State Department wirklich gelingen, den Plan heil durch das Parlament zu führen, so wäre dies vor allem den Russen zu verdanken. Seitdem sie so deutlich sowohl in Lake Success als auch in Moskau erklärt haben, dass sie den Plan nach Möglichkeit bekämpfen werden, ist der Wille, ihn zu unterstützen, im amerikanischen Publikum und bei den Parlamentariern beträchtlich gewachsen.

Vielfach scheint die Absicht, die Russen zu brüskieren, stärker als der Wunsch, Europa zu unterstützen. Es erhärtet sich die Ansicht, früher oder später werde es zu militärischen Auseinandersetzungen kommen. Dass dies nicht in nächster Zeit geschehen werde, weil

-3-

Russland wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche keinen Krieg wolle, ist die Auffassung ziemlich jedermanns, besonders der Militärs. Diese drängen - vorderhand eher in verhaltener Art - auf die nötige Vorbereitung, damit Ueber- raschungen wie Pearl Harbor nicht mehr möglich seien. Der so gemessene und vorsichtige General Eisenhower sagte in einer kürzlichen Ansprache anlässlich eines Dinners, Amerika habe stets für Freiheit und Menschenwürde kämpfen müssen - "ein künftiger Angreifer könnte viel besser gerüstet sein, als Amerika es zur Zeit ist."

Präsident Truman allerdings scheint die Zukunft in rosigem Licht zu sehen. Es ist nicht lange, seit er in einer Ansprache meinte, ein dauernder Weltfrieden sei ganz nahe (around the corner). Er ist es auch, der einem mir bekannten Senator, als dieser Befürchtungen über russische Angriffspläne äusserte, beschwichtigend sagte: "In Russland wird es bald zu einer Revolution kommen .....". Solchen Aeusserungen dürfte aber eher das in Amerika weithin wuchernde "wishful thinking" zu Grunde liegen, als neue verlässliche Meldungen über die russische Lage.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

